



Das öffentliche Beschaffungswesen im AGG (AW)

Beschaffung

Inhaltsverzeichnis

1	Zweck	2
2	Verpflichtung zur Unbefangenheit.....	2
3	Ziele des öffentlichen Vergaberechts.....	2
4	Rechtsgrundlagen.....	2
5	Verfahrensarten (Art. 17ff IVöB)	2
6	Schwellenwerte (Art. 16 resp. A2 Anhang 2 der IVöB)	3
7	Freihändige Vergaben über dem Schwellenwert	3
8	Verfahrensablauf	3
9	Ausschreibung	4
10	Eignungskriterien (Art. 27 IVöB)	4
11	Zuschlagskriterien (Art. 29 IVöB)	6
12	Vorbefassung.....	6
13	Prüfung und Auswertung der Angebote	6
14	Verhandlungen	7
15	Abbruch/Wiederholung des Verfahrens	7
16	Erstellen der Verfügung	7
17	Vertragsabschluss (Art. 42 IVöB).....	8
18	Beschwerdeverfahren/Rechtsmittel (Art. 51-59 IVöB)	8
19	Aufbewahrungspflicht (Art. 49 IVöB).....	8
20	Nützliche Links.....	8

1 **Zweck**

Dieses Dokument dient internen Projektleitenden sowie externen Beauftragten als Verständigung und Arbeitshilfe bei Beschaffungen für kantonale Bauprojekte des AGG. Die Arbeitshilfe beleuchtet die wichtigsten gesetzlichen Punkte und AGG-spezifische Vorgaben (nicht abschliessend).

2 **Verpflichtung zur Unbefangenheit**

Falls der Anschein der Befangenheit wegen einer besonderen Beziehungsnähe zu einem Anbieter besteht, sind alle in einem Beschaffungsverfahren Beteiligten verpflichtet, die Projektverantwortlichen zu informieren und in den Ausstand zu treten. Sonst ist der Zuschlagsentscheid mit einem formellen Fehler behaftet und kann aufgehoben werden, unabhängig davon ob der Entscheid im Übrigen korrekt ist oder nicht.

3 **Ziele des öffentlichen Vergaberechts**

- Wettbewerbsgleichheit
- Transparenz
- Diskriminierungsverbot
- Das vorteilhafteste Angebot wird gesucht

4 **Rechtsgrundlagen**

- Gesetz und Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöBG/IVöBV))
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019)
- GATT/WTO–Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen
- Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens (OÖBV)

5 **Verfahrensarten (Art. 17ff IVöB)**

Verfahrensarten	IVöB	Angebote einholen
Offenes Verfahren	Art. 18	simap
Selektives Verfahren	Art. 19	simap
Einladungsverfahren	Art. 20	An ausgewählte Unternehmen. Es werden wenn möglich mindestens drei Angebote eingeholt.
Freihändige Vergabe	Art. 21	An ausgewählte Unternehmen. In der Regel sind ab CHF 50'000.- drei Angebote einzuholen

6 Schwellenwerte (Art. 16 resp. A2 Anhang 2 der IVöB)

Verfahrensarten	Lieferungen (CHF*)	Dienstleistungen (CHF*)	Bauarbeiten ¹ (CHF*)	
			Baunebengewerbe	Bauhauptgewerbe
Freihändige Vergabe ²	unter 150'000	unter 150'000	unter 150'000	unter 300'000
Einladungsverfahren ³	unter 250'000	unter 250'000	unter 250'000	unter 500'000
offenes/selektives Verfahren ⁴	ab 250'000	ab 250'000	ab 250'000	ab 500'000

*) Geschätzter Auftragswert ohne MWST

- ¹ Unter das Bauhauptgewerbe fallen gemäss den Vergaberichtlinien der IVöB alle Arbeiten für die tragenden Elemente eines Bauwerks. Die übrigen Arbeiten gehören zum Baunebengewerbe. Anmerkung: Diese Abgrenzung ist unscharf. Im Zweifelsfall sind die tieferen Schwellenwerte für das Baunebengewerbe zu verwenden. Bei gemischten Aufträgen ist der finanziell höhere Wert des Teilauftrages massgebend.
- ² AGG Vorgabe: Bei freihändigen Vergaben ab CHF 50'000.– sind in der Regel drei Angebote einzuholen.
- ³ Im Einladungsverfahren werden, wenn möglich mindestens drei Angebote eingeholt (Art. 20 Abs. 2 IVöB).
- ⁴ Im Staatsvertragsbereich gelten die Schwellenwerte und die Bagatellklausel nach Art. 16 Abs. 3 IVöB. Die Schwellenwerte sind exkl. MWST. (Vorgehen siehe auch Fusszeile zur Bagatellklausel¹)

7 Freihändige Vergaben über dem Schwellenwert

Aufträge können unter bestimmten Voraussetzungen gemäss (Art. 21 IVöB) über dem Schwellenwert freihändig vergeben werden. Der Entscheid über die Durchführung eines freihändigen Verfahrens ist vor dem Zuschlag auf www.simap.ch zu veröffentlichen, wenn die Schwellenwerte des offenen/selektiven Verfahrens erreicht werden (mit Rechtsmittelbelehrung). Der Entscheid ist detailliert und nachvollziehbar zu begründen.

Eine freihändige Vergabe über dem Schwellenwert bedarf in jedem Fall einer Freigabe durch die Amtsleitung des AGG.

8 Verfahrensablauf

Die Abläufe und Zuständigkeiten der beteiligten Stellen im Beschaffungswesen sind im [Anhang 1](#) dargestellt. Die Projektleitenden des AGG sind verantwortlich, dass die Beauftragten (Architekten, Fachplaner usw.) den Ablauf kennen und einhalten.

Genereller Ablauf:

- Bestimmung des Vergabeverfahrens
- Wichtig: Bei Geschäften, die die Schwellenwerte nach GATT/WTO erreichen, ist eine detaillierte Ausschreibungsplanung unter Berücksichtigung der Bagatellklausel¹ notwendig.

¹ Art. 16 Abs. 3 IVöB: Werden für die Realisierung eines Bauwerkes mehrere Bauaufträge vergeben, ist im Staatsvertragsbereich der Gesamtwert der Hoch- und Tiefbauarbeiten massgebend. Bauaufträge im Staatsvertragsbereich, die je einzeln den Wert von zwei Millionen Franken nicht erreichen und zusammen gerechnet 20 Prozent des Wertes des gesamten Bauwerkes nicht überschreiten, müssen mindestens nach den Bestimmungen des von Staatsverträgen nicht erfassten Bereiches vergeben werden (Bagatellklausel).

→ Das heisst: Bei einem Bauwerk, bei dem der Gesamtwert der Bauarbeiten (KV BKP 0–4, ohne Honorare, exkl. MWST) über dem Schwellenwert des Staatsvertragsbereichs liegt, müssen grundsätzlich alle Teilleistungen im offenen oder selektiven Verfahren vergeben werden. Gemäss Bagatellklausel können jedoch Beschaffungen bis zu 20 Prozent des Gesamtwertes auch im Einladungs- und freihändigen Verfahren gemäss IVöB vergeben werden. Im Einzelfall dürfen diese Aufträge den Wert von 2 Millionen Franken nicht überschreiten.

- Erstellung der Ausschreibungsunterlagen
- A Liste mit Vorschlag einzuladende Anbieter; Versand der Unterlagen nach Freigabe
- B Publikation der Ausschreibung auf www.simap.ch
- Eingang der Angebote beim AGG, Erstellung Öffnungsprotokoll
- Auswertung und Prüfung der Angebote
- Vergabeantrag
- Auftragserteilung resp. Zuschlagsverfügung
- Vertragsabschluss

9 Ausschreibung

- Die Ausschreibungsunterlagen müssen es jedem Anbietenden ermöglichen, ein anforderungsgerechtes Angebot zu erstellen (in der Regel betragen die Fristen 20 Tage für die Einreichung eines Angebots oder eines Antrags auf die Teilnahme im selektiven Verfahren. Im Staatsvertragsbereich ist die Frist auf mind. 40 Tage für die Einreichung von Angeboten und mind. 25 Tage für das Einreichen der Teilnahme am selektiven Verfahren festgesetzt). (Fristen Art. 46 IVöB).
- Der inhaltliche Detaillierungsgrad hängt von der Art des zu vergebenden Auftrags ab. Die Angebote müssen vergleichbar sein.
- Bestimmungen, welche einzelne Anbieter diskriminieren können, sind unzulässig.
- Eine funktionale Ausschreibung, bei der seitens der Vergabestelle auf die Festsetzung von Ausführungsdetails oder eines detaillierten Leistungsverzeichnisses verzichtet wird, ist zulässig.
- Die Ausschreibung darf während des Verfahrens nicht abgeändert werden.
- Werden in der Ausschreibung Eignungs- und Zuschlagskriterien festgelegt, sind deren Bewertung und Gewichtung (einfach verständlich) bekannt zu geben.
- Aufträge, die im offenen oder selektiven Verfahren vergeben werden, sind auf der Website des Vereins für ein Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz (www.simap.ch) auszuschreiben. Ist der Verwaltungskreis Biel/Bienne betroffen, erfolgt die Ausschreibung in beiden Amtssprachen. In allen andern Fällen wird der Ausschreibung in der einen Amtssprache zusätzlich eine Zusammenfassung in der anderen Amtssprache beigelegt.

Die Ausschreibung enthält i.d.R. folgende Unterlagen, wobei deren Reihenfolge im Vertrag geregelt wird:

- Bestimmungen und Formulare zum Vergabeverfahren (KBOB Bestimmungen)
- Vorgesehene Vertragsurkunde (inkludiert die SIA 118 Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten)
- Deckblatt Angebot; Deckblatt Angebotsvariante → sofern Varianten zulässig sind
- Besondere, projektbezogene Bestimmungen (nur für das absolut Notwendigste)
- Leistungsverzeichnis mit allen zum Verständnis notwendigen Beilagen
- Berechnungsformular "Bonus Lernende Berechnungsgrundlage" (Nur bei Bauaufträgen ab Einladungsverfahren. Werden ausländische Anbieter durch den Bonus diskriminiert, darf der Bonus beim Zuschlag nicht berücksichtigt werden)
- Formular Selbstdeklaration

Für die ganze Ausschreibung sind die Bestimmungen der Norm SIA 118 zu beachten und zu berücksichtigen.

10 Eignungskriterien (Art. 27 IVöB)

- Eignungskriterien sind die Bedingungen, welche ein Anbieter erfüllen muss, damit er für den Zuschlag überhaupt in Frage kommt resp. für die Erfüllung des Auftrags geeignet ist.

- Als Eignungskriterien dürfen nur prüfbare, objektive Kriterien zur Anwendung gelangen, welche klar mit JA/NEIN beurteilt werden können. Zum Beispiel:
 - fachliche
 - technische
 - organisatorische
 - wirtschaftliche
- Im AGG gelten für Bauaufträge i.d.R. folgende Kriterien, die in der Ausschreibung detailliert beschrieben werden müssen:
 - Fähigkeit
 - Kapazität
 - Referenzen
- Unzulässige Eignungskriterien sind zum Beispiel:
 - Ortsansässigkeit
 - leistungsfremde Merkmale

11 Zuschlagskriterien (Art. 29 IVöB)

- Die Vergabestelle ist in der Ausgestaltung der Zuschlagskriterien und deren Gewichtung weitgehend frei.
- Die ausgewählten Kriterien und deren Gewichtung dürfen nicht diskriminierend wirken.
- Allgemein ist das Gleichbehandlungsgebot zu beachten.
- Die Zuschlagskriterien und deren Gewichtung sind im Voraus (d.h. in der Ausschreibung) detailliert und einfach nachvollziehbar bekanntzugeben.
- Die Zuschlagskriterien sind auftragsspezifisch festzulegen.
- Im AGG gilt für Bauaufträge i.d.R. der Preis als alleiniges Zuschlagskriterium. Sollen bei einer Ausschreibung mehrere Zuschlagskriterien bewertet werden, ist es zwingend notwendig das Einverständnis via Projektleitende des AGG einzuholen.
- Zulässige Zuschlagskriterien sind u.a.:
 - Qualität
 - Preis (evtl. unter Berücksichtigung des Bonus Lernende)
 - Termin
 - Ökologie
 - Wirtschaftlichkeit
 - Betriebskosten
 - Kundendienst
 - Zweckmässigkeit
 - Technischer Wert
 - Ästhetik
 - Kreativität
 - Infrastruktur

Anhand dieser Kriterien wird das vorteilhafteste Angebot ermittelt.

12 Vorbefassung

- Aufgrund Vorbefassung sind Anbieter auszuschliessen, welche an der Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen mitgewirkt haben (Art. 14 IVöB).
- Ausschreibungen müssen von Fall zu Fall beurteilt werden, bei denen ein möglicher Anbieter:
 - mit Planungsarbeiten beauftragt war
 - eine Richtofferte vor der Ausschreibung abgegeben hat
 - am Leistungsverzeichnis mitgearbeitet hat

13 Prüfung und Auswertung der Angebote

- Formelle Prüfung des Angebots:
 - Vollständigkeit der Unterlagen
 - Eignungskriterien (alle verlangten Punkte müssen erfüllt sein, sonst wird das Angebot von der Bewertung ausgeschlossen)
 - Selbstdeklaration mit Nachweisen (fehlende Unterlagen schriftlich unter Ansetzung einer kurzen Frist nachverlangen)
- Materielle Prüfung des Angebots:
 - Korrekturen offensichtlicher Fehler
 - Klärung des Angebots
 - Wichtig: das Angebot darf nicht verbessert werden
- Bewertung des Angebots anhand der Zuschlagskriterien.

- Bonus Lernende: Wenn der Bonus für Lernende ausschlaggebend ist für den Zuschlag, ist der/die Beauftragte verantwortlich für die detaillierte Prüfung der Angaben der Anbieter (Anzahl Mitarbeitende resp. Anzahl Lernende im entsprechenden BKP etc.). Unkorrekte Angaben sind vor dem Zuschlag zu korrigieren.
- Die Ergebnisse der Auswertung sind schriftlich und nachvollziehbar festzuhalten und zu unterzeichnen.
- Erstellen Vergabeantrag mit den zum Verständnis nötigen Beilagen. Ab Einladungsverfahren müssen den Anbietenden nachvollziehbare Informationen zum Vergabeentscheid mitgeliefert werden.

14 Verhandlungen

- Verhandlungen über den Preis, über Preisnachlässe oder Änderungen des Leistungsinhaltes sind nur im freihändigen Verfahren zulässig.
- Auftraggeber können von Anbietern Erläuterungen in Bezug auf ihre Eignung und ihr Angebot verlangen.
- Einholen des finalen Angebots im freihändigen Verfahren (DAHochbau) (Art. 21 Abs. 1 IVöB).

15 Abbruch/Wiederholung des Verfahrens

Beschaffungsverfahren können aus wichtigen Gründen abgebrochen werden (Art. 43 IVöB). Bei Verfahren über dem Schwellenwert des Einladungsverfahrens müssen alle Anbieter mit anfechtbarer Verfügung informiert werden (Art. 53 IVöB). Abgebrochene Verfahren können wiederholt werden.

16 Erstellen der Verfügung

Die Zuschlags- und Ausschlussverfügung wird durch das AGG erstellt. Dazu werden von den Beauftragten folgende Unterlagen benötigt:

- Auswertung der Angebote und Vergabeantrag, unterzeichnet
- Kopie Selbstdeklarationsformular des Zuschlagsempfängers (ohne Nachweise)
- Vertragsentwurf (ohne Beilagen)
- Kostenbewirtschaftung (sofern erforderlich) und Bestätigung im DAHochbau "Geldmittel vorhanden"
- Bei auszuschliessenden Angeboten müssen detaillierte, nachvollziehbare Begründungen und Belege mitgeliefert werden

Anmerkung: Verfügungen und Entscheide werden grundsätzlich durch die Post zugestellt (VRPG Art. 44).

Im offenen und im selektiven Verfahren veröffentlicht der Auftraggeber die Vorankündigung, die Ausschreibung, den Zuschlag sowie den Abbruch des Verfahrens auf einer gemeinsam vom Bund und Kantonen betriebenen Internetplattform für öffentliche Beschaffungen. Ebenso veröffentlicht er Zuschläge, die im Staatsvertragsbereich freihändig erteilt wurden (IVöB Art. 48).

Im offenen und selektiven Verfahren und im Staatsvertragsbereich (WTO) ist der Zuschlag spätestens 30 Tage nachdem die Verfügung rechtsgültig ist auf www.simap.ch zu veröffentlichen (Art. 48 IVöB).

17 Vertragsabschluss (Art. 42 IVöB)

Die Zuschlagsverfügung ist nicht mit dem Vertragsschluss gleichzusetzen.

Der Vertragsschluss ist nicht möglich:

- während der Beschwerdefrist
- wenn eine Beschwerde aufschiebende Wirkung hat

18 Beschwerdeverfahren/Rechtsmittel (Art. 51-59 IVöB)

Verfügungen des AGG können beim Rechtsamt der Bau- und Verkehrsdirektion angefochten werden. Anfechtbar sind, sofern die Schwellenwerte des Einladungsverfahrens erreicht werden:

- die Ausschreibung des Auftrags
- der Zuschlag
- der Abbruch des Verfahrens
- die Auswahl der Teilnehmer im selektiven Verfahren
- der Ausschluss vom Vergabeverfahren
- der Widerruf des Zuschlags

Die Beschwerdefrist beträgt 20 Kalendertage. Unter Berücksichtigung der Postwege sind im Terminplan 35 Kalendertage einzurechnen.

Anmerkung: Fristen, welche durch eine Mitteilung, eine amtliche Publikation oder den Eintritt eines Ereignisses ausgelöst werden, beginnen am folgenden Tag zu laufen. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannter Feiertag, so endet sie am nächstfolgenden Werktag (VRPG, Art. 41).

Die Beschwerdeinstanz kann der Beschwerde auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.

19 Aufbewahrungspflicht (Art. 49 IVöB)

Alle Verantwortlichen haben die Pflicht, bis zur rechtsgültigen Vergabe alle Aktivitäten rund um das Beschaffungsverfahren lückenlos zu dokumentieren und die Dokumente mind. drei Jahre nach Abschluss des Beschaffungsverfahrens, resp. bis zum Projektabschluss, aufzubewahren (inkl. Notizen über mündliche Auskünfte, eingegangene Kuverts mit Poststempel, usw.). Im Beschwerdefall wird die Projektleitung die Unterlagen einfordern und zusammenstellen.

20 Nützliche Links

Die aktuellen Formulare des AGG zum öffentlichen Beschaffungswesen inkl. Baupreisindex und die weiteren Richtlinien des AGG können heruntergeladen werden:

<https://www.bvd.be.ch/de/start/themen/immobilien/downloads-und-links.html>

Gesetzessammlung des Kantons Bern:

<https://www.belex.sites.be.ch/> → 7 Bauwesen, öffentliche Werke, Energie und Verkehr

DAHochbau:

<https://decisionadvisor.ch/hbe/> → Login

Anhang 1: Vergabe- und Vertragslauf (AW)



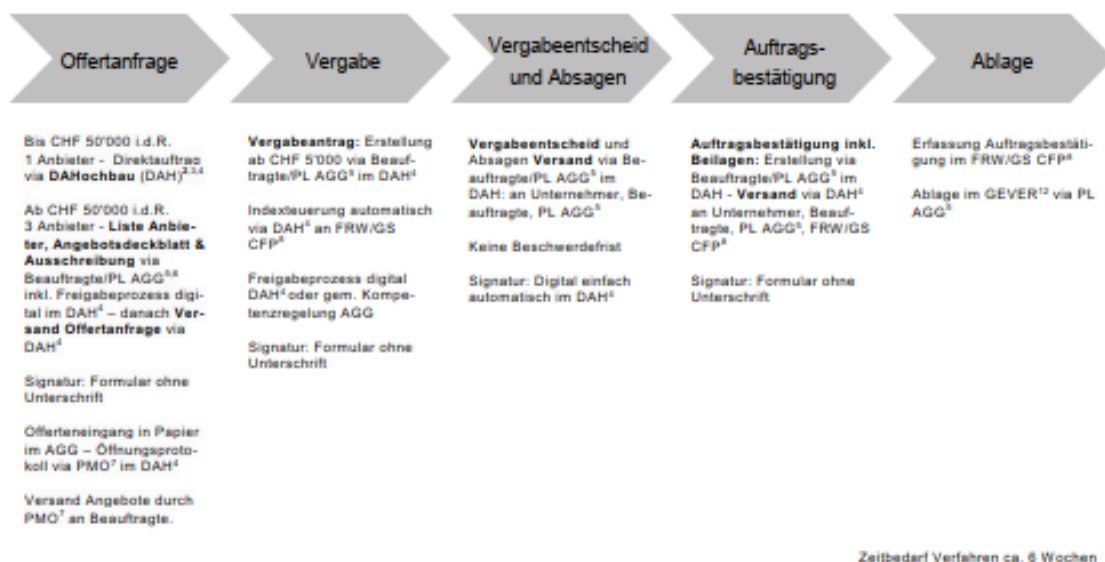
Kanton Bern
Canton de Berne

Vergabe- und Vertragslauf (AW)

Beschaffung

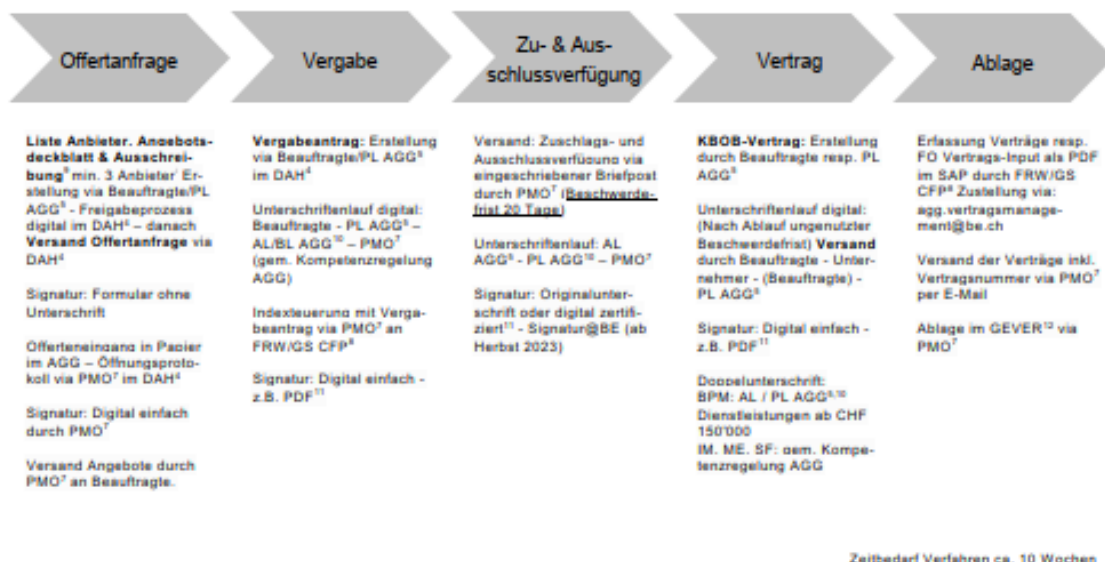
Freihändiges Verfahren

Schwellenwerte und Verfahren (ausserhalb Staatsvertrag) exkl. MWST.:¹
- Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebengewerbe unter CHF 150'000
- Bauleistungen: Bauhauptgewerbe unter CHF 300'000



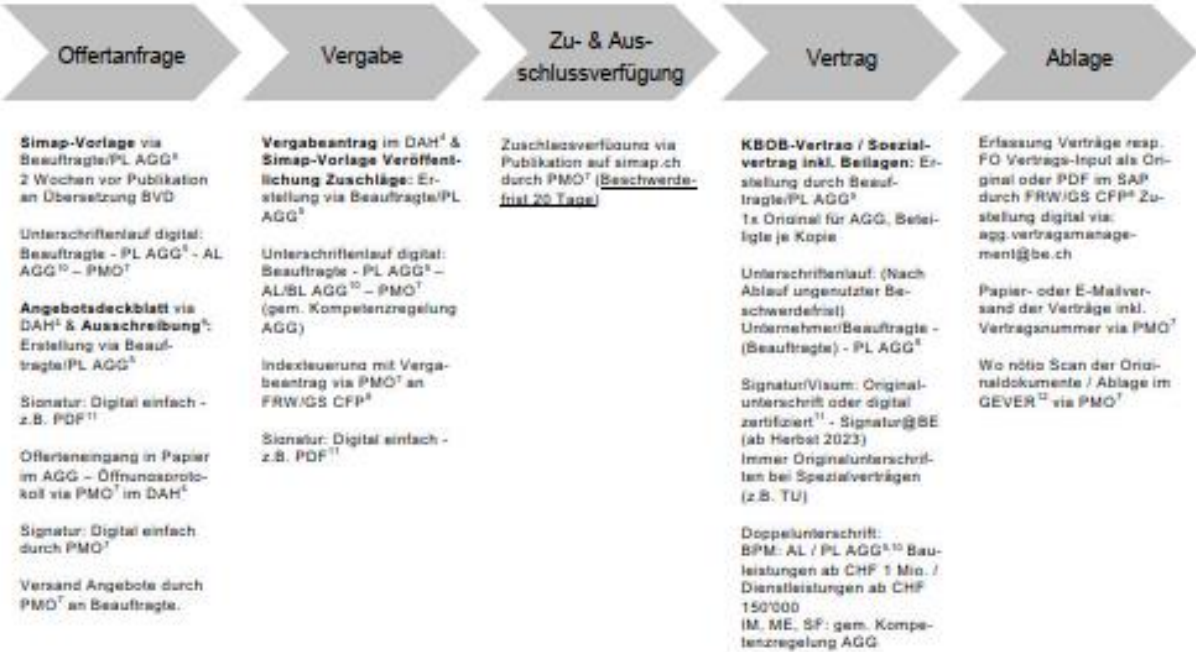
Einladungsverfahren

Schwellenwerte und Verfahren (ausserhalb Staatsvertrag) exkl. MWST.:
- Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebengewerbe unter CHF 250'000
- Bauleistungen: Bauhauptgewerbe unter CHF 500'000



Offenes / Selektives Verfahren

Schwellenwerte und Verfahren im von Staatsverträgen nicht erfassten und erfassten Bereich exkl. MWST:
Lieferungen, Dienst- und Bauleistungen: Baunebenberufe ab CHF 250'000
Bauleistungen: Bauhauptberufe ab CHF 500'000



Zeitbedarf Offenes Verfahren ca. 4 Mt. / Selektives Verfahren ca. 7 Mt.

¹ Ausnahme überschwelliges Freihändiges Verfahren gem. Art. 21 IVöB
² **Notwendige Dokumente: Erstellung durch Beauftragte wenn vorhanden**
³ Ausnahme OM - Bestellungen via SAP für Geschäfte < CHF 100'000
⁴ DAH - DAHochbau (webbasiertes Vergabesystem)
⁵ PL AGG - Projektleitung AGG
⁶ Sofern Abwicklung des Auftrages durch AGG ohne Beauftragte
⁷ PMO - Projekt Management Office
⁸ FRW/GS CFP - Finanz- und Rechnungswesen
⁹ Bonus Lernende sofern keine ausländischen Anbieter
¹⁰ AL/BL AGG - Abteilungsleitung oder Bereichsleitung AGG
¹¹ Minimale Anforderung an die Unterschrift. Originalunterschriften resp. zertifizierte digitale Unterschriften sind hier immer möglich inkl. Hybridvarianten
¹² GEVER - Dokumentenablagensystem des AGG